A8 7. Eine gerechte und solidarische Gesellschaft gestalten

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Baden-

Württemberg (Beschluss vom 28.3.2025)

Tagesordnungspunkt: 3 Mehr Mut zur Jugend - Politik nur mit uns!

Antragstext

Junge Menschen sehnen sich nach sozialer Absicherung und einem stärkeren

gesellschaftlichen Zusammenhalt. Soziale Sicherheit heißt, niemanden im Stich zu

lassen. Deshalb fordern wir wirkungsvollere und flächendeckende Hilfsangebote

für Menschen in Armut, eine verbesserte Gesundheitsversorgung für Wohnungslose

und den Ausbau von Sprachmittlung im Gesundheitswesen. Tafeln,

Schuldner*innenberatungen und soziale Hilfsprojekte müssen finanziell gestärkt

werden, um Menschen in Not effektiv zu helfen. Das muss einen Paradigmenwechsel

von Projektförderung hin zu institutioneller Förderungen für freie Träger der

Sozialhilfe bedeuten.

8

16

17

20

21

22

24

27

29

Für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt müssen Integrations- und Sprachkurse
flächendeckend und kostenlos verfügbar sein, Ausländerbehörden personell besser
ausgestattet und traumatisierte Menschen mit Fluchtgeschichte umfassend
psychologisch unterstützt werden. Hierfür muss das Land gemeinsam mit dem Bund

die Kommunen umfassend finanziell ausstatten.

Die Landespolitik muss sich außerdem für die Anerkennung geschlechtsspezifischer

Verfolgung als Fluchtgrund auf Bundesebene einsetzen. Solange dies noch nicht

umgesetzt wurde, soll das Land soweit möglich ein Sonderaufnahmeprogramm

Jesid*innen II sowie ein Sonderaufnahmeprogramm für Menschen, die von

19 geschlechtsspezifischer Verfolgung betroffen sind, auf den Weg bringen.

Aufbauend auf dem Ermessensspielraum von Behörden müssen Abschiebungen von

Menschen in Arbeitsverhältnissen ausgesetzt und Duldungen für 6 anstatt 3 Monate

ausgegeben werden. Unabhängige Beratungen zu Möglichkeiten des Aufenthalts

sollen staatlich besser finanziert und weiter ausgebaut werden. Für **Menschen in**

der Abschiebehaft muss ebenfalls ein Recht auf unabhängige Rechtsberatung gelten

und NGOs muss Zugang gewährt werden. Die Landesregierung muss sich zudem mit

allen ihren Möglichkeiten auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die **zivile**

Seenotrettung ihre Arbeit auf dem Mittelmeer fortsetzen kann.

Baden-Württemberg braucht ein entschlossenes und dauerhaft finanziertes

Landesprogramm zur Bekämpfung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und

- Rechtsextremismus. Projekte gegen Rassismus, Ableismus, Antisemitismus,
- Homophobie, Sexismus sowie die Abwertung von wohnungslosen Menschen müssen aktiv
- gefördert werden. Zudem ist eine verlässliche Finanzierung von Initiativen
- erforderlich, die sich direkt mit der Bekämpfung rechtsextremer Strukturen
- befassen darunter Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt sowie
- Programme für den Ausstieg aus der rechtsextremen Szene. Das Land muss klare
- Kante gegen menschenfeindliche Ideologien zeigen und den betroffenen
- zivilgesellschaftlichen Organisationen langfristige finanzielle Sicherheit
- 38 bieten.
- Gleichzeitig muss eine Stelle für eine*n Antirassismus/Integrations-
- 40 Beauftragte*n des Landes geschaffen und mit entsprechenden Ressourcen
- ausgestattet werden, um strukturelle Diskriminierung effektiv zu bekämpfen und
- Betroffene besser zu unterstützen. Nur eine inklusive Gesellschaft, in der alle
- Menschen gleichberechtigt teilhaben können, ist eine gerechte Gesellschaft.
- 44 Es braucht zudem endlich eine echte Umsetzung der UN-
- Behindertenrechtskonvention. Das Land muss Barrierefreiheit zur verbindlichen
- Vorgabe in allen öffentlichen Neubauten und Digitalangeboten machen, inklusive
- Schul- und Ausbildungswege konsequent fördern und ausreichend Mittel für
- multiprofessionelle Teams in Schulen bereitstellen. Auch in der Arbeitswelt muss
- das Land **Anreize für Betriebe** schaffen, um Menschen mit Behinderung
- einzustellen, und **inklusive Ausbildungsmodelle** sowie **Werkstätten für Menschen**
- mit Behinderung stärker mit dem ersten Arbeitsmarkt verknüpfen. Nur so wird
- Teilhabe wirklich möglich. Eine gerechte und solidarische Gesellschaft braucht
- 53 mutige soziale Politik!

Unterstützer*innen

Julia Ehrhardt